

Für den eiligen Leser

Die bittere Wahrheit

1. Klima, Nahrungsmittelproduktion und Agrarhandel hängen unmittelbar zusammen.
2. Bis 2050 ist mit einem Anstieg der mittleren globalen Temperatur um 1 - 2.5 Grad zu rechnen. Parallel dazu wird die Erdbevölkerung laut Expertenschätzungen auf 10 Milliarden anwachsen. Weltweit muss deshalb bis 2050 die landwirtschaftliche Primärproduktion verdoppelt werden.
3. Häufige Wetterextreme, vermehrte Epidemien sowie negative Auswirkungen auf den Boden gefährden unmittelbar die Nahrungsmittelproduktion. Davon sind die Kleinbauern in den Entwicklungs- und Schwellenländern (90% aller Bauern weltweit) besonders stark betroffen.
4. Entwicklungs- und Schwellenländer betreiben vermehrt Ressourcenmissbrauch. Eigene natürliche Ressourcen werden in grossen Mengen exportiert, um Einkommen zu generieren. Grundnahrungsmittel hingegen müssen importiert werden. Eine ökologische Katastrophe ist vorprogrammiert.
5. Hinzu kommt der Wasserstress, der insbesondere in südlichen Breitengraden problematisch wird. Stetiges Bevölkerungswachstum, steigende Einkommen und der dadurch generierte Mehrbedarf an Nahrung lassen den Wasserbestand dramatisch sinken.
6. Mangelndes Wassermanagement treibt den Konflikt auf die Spitze. Internationale Standards zur Wasserverteilung und zum Wasserschutz werden benötigt.

Der Ruf nach Umdenken

7. Die Landwirtschaft ist nicht nur Opfer des Klimawandels und seiner Folgen, sie ist auch Täterin. Es müssen Anreize für die Bauern geschaffen werden, den Ausstoss von Treibhausgasen zu reduzieren.
8. Das Erarbeiten von Zukunftsperspektiven und innovativen Lösungsmöglichkeiten zur CO₂-Reduktion gemeinsam mit den Landwirten ist ein Weg der Krise proaktiv zu begegnen.
9. Zwei Handlungsaspekte stehen im Vordergrund: Vermeidung und Anpassung. Risiken sollen besser vorgebeugt und der Klimawandel Teil der Agrarpolitik werden.
10. Die Dienstleistung der Natur ist ein homogenes Gut, das global gleichermassen in Anspruch genommen wird. Jede Nutzung muss belastet werden: Eine effektive Umsetzung des CO₂-Gesetzes ist notwendig.

Die Verantwortung der Schweiz

11. Die Liberalisierung des Handels und der Produktediversifizierung dürfen nicht mehr vehement abgeblockt werden. Die Schweiz muss ihre traditionell protektionistische Haltung aufgeben. Politik im Bereich der Ernährungssicherheit bedeutet für die Schweiz vor allem aktive Mitarbeit in der WTO und Anpassung an den EU-Raum.

12. Investition in wissenschaftlichen Fortschritt im Agrarsektor und gleichzeitiges Vertrauen in eine multilaterale Handelsordnung können die drohende Ernährungskrise entschärfen.
13. Die Schweiz muss ihr Augenmerk auf den Süden richten: Auch wenn die Konsequenzen für die Schweiz nicht direkt spürbar sind, liegt es dennoch in ihrem eigenen Interesse in Konfliktregionen, wie Lateinamerika, zu investieren.

Gemeinsam für den Klimaschutz

14. Klimaschutz sowie Klimaschutzfinanzierung fängt in der Schweiz an. Der Ressourcen- und Druck steigt kontinuierlich und macht sich zunehmend auch politisch bemerkbar. Auch für die Schweiz gilt es, global zu denken und zu handeln.
15. Denn Ernährungssicherheit ist ein Menschenrecht und muss deshalb in die Politik Eingang finden, durch proaktive Einbindung der Ernährungssicherheit in internationale Abkommen.
16. Das bestehende System in den Entwicklungs- und Schwellenländern muss mit Hilfe der Industrieländer einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Normensystem angepasst werden.
17. Konkret kann die Schweiz folgendes tun: Emissionsreduktionen (40% bis 2020 und 90% bis 2050) in der Schweiz, Finanzierung einer ähnlich hohen Emissionsreduktion in Schwellenländern, Engagement für Klimagerechtigkeit, Technologietransfer und das Einrichten eines Klimafonds für Klimaschutz in ärmeren Ländern.
18. Klimaschutz beginnt beim Konsum. Nachhaltigkeit muss in den Fokus der Konsumentenaufklärung rücken.